



Abschieben in Berlin

Härtefallregelung für abgelehnte Asylsuchende wird verschärft. **Seite 11**

Grafik: fotolia/redlinevector

Rekord unter Schmerzen

Arne Gabius bricht nach 27 Jahren die deutsche Marathonbestzeit. **Seite 19**

Blühende Veilchen

Perugias BürgerInnen stoppten den Verfall ihrer Stadt. **Seite 3**

Foto: Attilio Brancaccio

neues deutschland

SOZIALISTISCHE TAGESZEITUNG

Montag, 26. Oktober 2015

70. Jahrgang/Nr. 249

Bundesausgabe 1,70 € www.neues-deutschland.de



STANDPUNKT

Kohle für die Kohlekonzerne

Grit Gernhardt ärgert sich über Geschenke für Umweltsünder

Abgeschaltet ist nicht gleich abgeschaltet – auf diese Formel lässt sich der Kompromiss eindampfen, den Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel am Samstag hinter verschlossenen Türen mit den Energiekonzernen ausgehandelt hat. Zwar sollen die klimaschädlichen Braunkohleleimer demnächst endlich vom Netz gehen, aber zu Bedingungen, die nur ihnen selbst nützen. Sie bekommen gar eine Entschädigung dafür, dass sie die – stromerzeugungstechnisch längst nicht mehr notwendigen – Kraftwerke zunächst noch betriebsbereit halten.

Mit 1,6 Milliarden Euro – bezahlt von den Stromkunden – belohnt die Bundesregierung die Konzerne dafür, dass sie in den vergangenen Jahren keinen einzigen freiwilligen Schritt hin zu mehr Umweltfreundlichkeit unternommen haben. Stattdessen boykottierten sie erfolgreich die geplanten Strafzahlungen für alte Kraftwerke mit hohem Kohlendioxid ausstoß – mit Unterstützung der Union, einiger Gewerkschaften und der um ihre Steuereinnahmen fürchtenden Braunkohlekommunen. Es wäre ja noch schöner, wenn die Verursacher umweltschädlicher Klimagase dafür zahlen müssten! Doch dass von der Koalition eine Entscheidung zu Ungunsten der Konzerne getroffen wird, hatte ohnehin niemand ernsthaft erwartet. Und so können sich die Unternehmen noch eine Weile auf dem Geldsegen aus den Verbrauchertaschen ausruhen. Wie viele Gaskraftwerke, Wind- oder Solaranlagen dafür hätten gebaut werden können, sollte man lieber nicht ausrechnen.

UNTEN LINKS

Als Gregor Samsa am Sonntagmorgen aus unruhigen Träumen erwachte, fand er sich in einem Deutschland wieder, das plötzlich eine Stunde mehr Zeit zur Verfügung hatte. Auch Menschen aus fernen Ländern, die sich erst seit Kurzem hier aufhalten, wurden ungeachtet bereits empfangener Wohltaten damit beschenkt. Viele von ihnen hatten das Know-how, die Zeit zurückdrehen zu können, bislang eher bei Allah als bei Angela Merkel vermutet. Prompt keimte die Hoffnung, die Macht der Kanzlerin werde ebenso dem unerfreulichen Sinken der Temperaturen Einhalt gebieten. Für Unruhe sorgte derweil in den sozialen Netzwerken das Gerücht, Merkel arbeite klammheimlich gegen die Klimaerwärmung. Dies wurde entlarvt als böswillige Behauptung eines Autors, der durch Katzenkrimis und Bären dienste bekannt ist. Zur Strafe muss der Mann jetzt als Ghostwriter für Merkel arbeiten: Ihr neues Buch ist die Antwort auf Thilo Sarrazins »Deutschland schafft sich ab« und heißt »Wir schaffen das«. *ibo*

Tödliche Überfahrt

Erneut ertrinken vor Lesbos Geflüchtete / Europäische Staaten berieten



Sie haben die Überfahrt überlebt: Geflüchtete kommen am Samstag auf der griechischen Insel Lesbos an.

Foto: AFP/Aris Messinis

Berlin. Für viele Flüchtlinge ist die griechische Insel Lesbos eine entscheidende Zwischenstation auf dem Weg nach Westeuropa – dort betreten sie zum ersten Mal EU-Gebiet. Falls sie dort ankommen. Am Sonntag kam es bei einer Überfahrt erneut zu einem tödlichen Unglück. Bei stürmischem Wetter kenterte ein Flüchtlingsboot und mindestens drei Menschen – eine Frau und zwei Kleinkinder – kamen im Wasser ums Leben. Wie griechische Medien weiter berichten, konnten 48 der Schiffbrüchigen gerettet werden. Nach Schätzungen wurden allerdings noch etwa 15 Menschen vermisst. Ungeachtet des schlechten

Wetters und der stürmischen See traf in der zurückliegenden Woche laut der Internationalen Organisation für Migration eine Rekordzahl von 48 000 Flüchtlingen in Griechenland ein. Mehrere Menschen kamen bei der Überfahrt ums Leben.

Von Griechenland aus begeben sich die Flüchtlinge anschließend auf die sogenannte Balkanroute, um die es am Sonntag hauptsächlich in Brüssel gehen sollte. Im Moment irrten die Menschen zum Teil »unter unerträglichen Bedingungen« dort umher, sagte Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) zum Auftakt des Sondertreffens von mehreren eu-

ropäischen Ländern. Die Flüchtlinge bräuchten »Linderung, vernünftiges Obdach, Wart- und Ruhemöglichkeiten«, unterstrich Merkel. Die Länder entlang der Route seien »alle der Genfer Flüchtlingskonvention verpflichtet« und hätten an sich selbst »Ansprüche an Menschenwürde«. Zu dem Treffen, das bis Sonntagabend dauern sollte, waren Vertreter von zehn EU-Ländern sowie der Nicht-EU-Staaten Serbien, Mazedonien und Albanien angereist.

In Deutschland gerät die Kanzlerin derweil weiter unter Druck wegen ihrer Flüchtlingspolitik – CSU und Teilen der CDU-Basis ist diese noch viel zu liberal. *nd/Agenturen Seite 2*

Tempelberg: Klarer sehen mit Kameras?

Streit um Videoüberwachung an heiliger Stätte in Jerusalem / Vor allem Palästinenser skeptisch

Durch Videoüberwachung auf dem Jerusalemer Tempelberg soll die Gewalt in Israel und den palästinensischen Gebieten beendet werden. Doch viele Palästinenser sind skeptisch.

Von Oliver Eberhardt, Jerusalem

Es war das Wetter, das am Sonntag für kurze Zeit Ruhe spendete: Ein kalter, stürmischer Herbstregen ging über Israel und Palästina nieder und trieb palästinensische Demonstranten und israelische Soldaten für einige Stunden weg von der Straße, weg voneinander, bis es, kaum hatten sich die Wolken verzogen, wieder los ging. Am Grab der Patriarchen, einer Juden und Muslimen gleichermaßen heiligen Stätte in Hebron, wurde eine Palästinenserin erschossen, nachdem sie versucht hatte, israelische Soldaten anzugreifen. In Jerusalem und an Militärkontrollstellen im Westjordanland versammelten sich wie-

der die Demonstranten. Steine, Brandsätze flogen; Israels Sicherheitskräfte schossen scharf.

Am Wochenende hatte US-Außenminister John Kerry nach Gesprächen mit Israels Regierungschef Benjamin Netanjahu und dem palästinensischen Präsidenten Mahmud Abbas bekannt gegeben, Israels Regierung habe der Überwachung des Tempelbergs per Kamera zugestimmt. Damit solle dem Vorwurf begegnet werden, Israel wolle den Status quo der heiligen Stätte verändern, die für Palästinenser und rechte Israelis ein nationales Symbol darstellt. Immer wieder besuchen Rechtspolitiker demonstrativ das Areal; Israels Regierung duldet dies, zum Missfallen der Palästinenser. Es sei eine »grundlegende Tatsache«, sagte Kerry an beide Seiten gewandt, dass Muslime dort beten und Angehörige anderer Religionen ein Besuchsrecht haben. Die Videoüberwachung, die offiziell von Jordanien

vorgeschlagen wurde, könne dazu beitragen, den heiligen Ort nicht zu missbrauchen.

Doch die Ankündigung hat die Gemüter auf der palästinensischen Seite bislang nicht beruhigt.

»Wenn Kerry glaubt, die Videoüberwachung werde Ruhe bringen, liegt er völlig falsch.«
Zeitung »Haaretz«

gen können – im Gegenteil. »Das ist eine Falle«, sagte Palästinas Außenminister Riad al-Maliki im palästinensischen Radio; Israel werde das Material benutzen, um Palästinensern Anstachelung zur Gewalt vorzuwerfen und sie festzunehmen. Netanjahu bestätigte das indirekt. Das Material werde zeigen, »wo die Provokationen

tatsächlich herkommen«. Doch in der palästinensischen Öffentlichkeit wird die Ankündigung vor allem als inhaltsleer gesehen. Denn wann und wo die Kameras installiert werden sollen und vor allem, wer die Bilder überwachen wird, ist unklar. Eine Forderung Frankreichs, internationale Beobachter an der heiligen Stätte zu positionieren, lehnt Israels Regierung vehement ab. Azzam Khatib, Direktor der Wakf, die die Anlage im Auftrag Jordaniens verwaltet, sagte, er wünsche sich, dass die Bilder ins Internet übertragen werden; so könne jeder zum Beobachter werden.

Kerry hofft nun darauf, Israelis und Palästinenser zu weiteren Verhandlungen bewegen zu können. In Erinnerung an die Ermordung Jizchak Rabins vor 20 Jahren haben auch Tausende Israelis diese Hoffnung bekräftigt und in Tel Aviv für eine Wiederaufnahme der Nahostfriedensgespräche demonstriert.

Affäre um gekaufte WM weitet sich aus

FIFA verlangte wohl Geld für Afrika

Berlin. Die Affäre um die mutmaßlich gekaufte Fußball-WM 2006 in Deutschland weitet sich aus. Möglicherweise gab es noch mehr dubiose Zahlungen als bisher bekannt. Die »Süddeutsche Zeitung« berichtete, die FIFA habe 2003 insgesamt 40 Millionen Euro vom deutschen Organisationskomitee (OK) verlangt – davon sieben Millionen »zum Zeichen der deutschen Solidarität mit Afrika«. OK-Chef Franz Beckenbauer habe dies abgelehnt, später sei jedoch »unter Einschaltung der Regierung eine Lösung gefunden« worden, die eine Zahlung von 20 Millionen Euro inklusive Beteiligung des OK an eventuellen Gewinnen vorsah.

Derweil hat der Sportausschuss des Deutschen Bundestages DFB-Präsident Wolfgang Niersbach zu einer Befragung eingeladen. Wie die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« berichtete, hat die Ausschussvorsitzende Dagmar Freitag (SPD) einen entsprechenden Termin für den 6. November bestätigt. Niersbach ist aber nicht verpflichtet, vor dem Ausschuss auszusagen, da dieser nicht über ein Vorladungsrecht verfügt. *nd Seite 18*

Auf Abschaltung folgt Jobabbau

Aus für Braunkohle beschlossen Verbraucher zahlen Milliarden

Berlin. Nach der beschlossenen Abschaltung von fünf Braunkohle-Kraftwerksblöcken des Energieversorgers RWE kündigte dieser am Sonntag in der »Westdeutschen Allgemeinen Zeitung« an, zwischen 2017 und 2023 etwa 800 bis 1000 Arbeitsplätze abzubauen. Die Blöcke werden zunächst in eine Reserve überführt. Falls nicht genügend Strom und Wärme aus Wind- und Sonnenenergie produziert werden könnte, würden sie wieder angefahren. Darauf hatten sich RWE, Mibrag und Vattenfall am Samstag mit Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) geeinigt.

Als Entschädigung erhalten die Konzerne aus Steuermitteln insgesamt 1,6 Milliarden Euro für sieben Jahre. Der Strompreis erhöhe sich so um 0,05 Cent pro Kilowattstunde. Opposition und Umweltverbände hatten die Einigung auf eine Abschaltung der Braunkohlekraftwerke aus Klimaschutzgründen zwar grundsätzlich begrüßt, jedoch vor den Kosten für die Verbraucher gewarnt. Zudem zahle der Bund auch für Kraftwerke, die ohnehin vom Netz gehen sollten. *nd Seite 9*

Kritik an Türkei zurückgehalten

EU stoppt Fortschrittsbericht

Berlin. Die EU-Kommission hält einem Zeitungsbericht zufolge einen kritischen Fortschrittsbericht zu den Beitrittsverhandlungen mit der Türkei zurück. Die Veröffentlichung des Berichts, in dem der Regierung der islamisch-konservativen Partei für Gerechtigkeit und Entwicklung (AKP) Rückschritte bei den Bürgerrechten vorgehalten werden, sei vergangene Woche erneut verschoben worden, meldete die »Welt am Sonntag«. Damit dürfte der Bericht erst nach der türkischen Parlamentswahl am kommenden Wochenende veröffentlicht werden und somit nicht den Wahlkampf der AKP belasten. Wie die Zeitung unter Berufung auf einen unveröffentlichten Entwurf des Reports meldete, wird darin scharfe Kritik an der Menschenrechts- und Rechtsstaatlichkeitslage in der Türkei geübt. So werde moniert, dass es »bedeutende Rückschritte auf dem Gebiet der Meinungs- und Versammlungsfreiheit« gebe. Politische Aktivisten und Journalisten würden »eingeschüchtert« und durch »übermäßigen Einsatz von Gewalt« in ihren Grundrechten behindert. *AFP/nd*

ISSN 0323-3375

